

Nach dem Machtantritt der Faschisten in Deutschland wurde Otto Grotewohl aus seiner Tätigkeit entfernt. Er ging in die Illegalität und war in Hamburg und Berlin als Kaufmann tätig. 1938 wurde er von der Gestapo verhaftet und vom Volksgerichtshof wegen Hochverrat angeklagt. Nach sieben Monaten Haft wurde das Verfahren eingestellt. Im November 1939 wurde er wegen Verdachts der Teilnahme an einer Verschwörung gegen Hitler wieder verhaftet und blieb zwei Monate in Untersuchungshaft. Nach seiner Entlassung nahm Otto Grotewohl die antifaschistische Tätigkeit wieder auf. 1944 konnte er einer erneuten Verhaftung nur entgehen, indem er abermals in die Illegalität untertauchte.

Nach der Zerschlagung des faschistischen Regimes in Deutschland 1945 wurde Otto Grotewohl Vorsitzender des Zentralaussschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Gegen den Widerstand der rechten SPD-Führer vom Schlage Schumachers setzte er sich konsequent für die Herstellung der Einheit der deutschen Arbeiterklasse ein. Bei der Vereinigung der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im April 1946 wurde Otto Grotewohl gemeinsam mit Wilhelm Pieck Vorsitzender der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Überzeugt von der Kraft der geeinten Arbeiterklasse und ihrer Partei, trug er in treuer Kampfgemeinschaft mit Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht entscheidend dazu bei, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands zur Avantgarde des deutschen Volkes zu entwickeln. Von 1946—1950 war er Abgeordneter im Landtag des Landes Sachsen. Als Mitglied des Präsidiums des Deutschen Volksrates spielte Otto Grotewohl eine hervorragende Rolle in der Volkskongreßbewegung „Für Einheit und gerechten Frieden“, die 1947 im Kampf um die Erhaltung der Einheit Deutschlands entstanden war.

Seit der Bildung des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist Otto Grotewohl dessen Mitglied. Seit Oktober 1949 gehört er der Volkammer an und ist seit dem Tage der Ausrufung der Deutschen Demokratischen Republik (7. Oktober 1949) Ministerpräsident und Vorsitzender des Ministerrates der Deut-